



Militärmacht Europa:

Explodierende Rüstungsausgaben

Impressum

Redaktionelle Bearbeitung erfolgte durch:

Informationsstelle Militarisierung e.V.



Informationsstelle
Militarisierung e.V.

Gestaltung: Thorsten Hädicke

Grafiken: Ein Teil der Grafiken wurden von uns unter Angabe der jeweiligen Originalquelle aus urheberrechtlichen Gründen inhaltlich unverändert neu gestaltet.

Druck: druckwerk Druckerei GmbH, München

Auflage: 15.000

November 2019

Bestellungen: Das Booklet steht auf den angegebenen Webseiten zum Download bereit. Es kann zudem per E-Mail unter bestellungen@oezlem-demirel.de angefordert werden.

Herausgeberin: Özlem Alev Demirel

Europäisches Parlament
ASP 02G351
Özlem Alev Demirel
Rue Wiertz 60
1047 Brüssel

Telefon 0032 2 28 45589
oezlem.demirel@europarl.europa.eu

www.oezlem-alev-demirel.de
www.guengl.eu

Vereinte Europäische Linke • Nordische Grüne Linke



FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
GUE/NGL
www.guengl.eu

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

Vorwort



Liebe Leser*innen,

in dieser kleinen Broschüre geht es um große Summen: Zig Milliarden Euro wollen die Europäische Kommission und die EU-Staaten in den nächsten Jahren

in die Aufrüstung stecken.

Mit verschiedenen Projekten wird die Militarisierung der EU Schritt für Schritt vorangetrieben.

In der Öffentlichkeit wird diese brandgefährliche Entwicklung noch viel zu wenig wahrgenommen. Ich hoffe, dass diese Broschüre dazu beitragen kann, das zu ändern.

Denn wenn die Europäische Union erstmals über einen Rüstungshaushalt verfügt, wird dies einen enormen Militarisierungsschub zur Folge haben.

Politisch beschlossen ist der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) von einer Mehrheit des Parlaments. 2020 sollen im Rahmen der Verabschiedung des mittelfristigen Finanzrahmens der EU auch finanzielle Mittel von 13 Milliarden Euro bereitgestellt werden.

Danach hat das Europaparlament selbst keinen relevanten Einfluss mehr auf die konkrete Verwendung der Gelder.

Gegen diese, übrigens dem EU-Vertrag widersprechenden, Pläne muss es Widerstand geben. Politisch muss Druck auf die Abgeordneten ausgeübt werden, damit der in dieser Broschüre beschriebene drastische Militarisierungsversuch scheitert.

Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Investiert werden muss in eine soziale Infrastruktur, in die Armutsbekämpfung, in den Klimaschutz, kurzum: in eine sichere Zukunft. Rüstung aber schafft keine Sicherheit, bietet keine Zukunftsperspektive. Aufrüstung beschert einigen Konzerne Profite und schafft in einer ohnehin mehr als komplizierten Weltlage weitere Unsicherheiten und Gefahren. Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren!

Herzlich

Özlem Aleve Demirel

Militärmacht Europa: Explodierende Rüstungsausgaben

Als das „herausstechende Merkmal“ unserer Zeit identifizierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Anfang 2019 die „Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte“. Sie betonte: „Ob wir wollen oder nicht, Deutschland und Europa sind Teil dieses Konkurrenzkampfs. Wir sind nicht neutral.“

Seit Jahren stecken die USA, aber auch die EU-Länder und insbesondere Deutschland immer mehr Geld in die Militärhaushalte, um gegen die erklärten Rivalen China und Russland gerüstet zu sein. Gleichzeitig soll damit die Fähigkeit zu militärischen Interventionen im globalen Süden abgesichert werden.

„Es geht um ein Europa, das auch militärisch mehr Gewicht in die Waagschale werfen kann. Der Aufbau von Fähigkeiten und Strukturen ist das eine. Das andere ist der gemeinsame Wille, das militärische Gewicht auch tatsächlich einzusetzen, wenn es die Umstände erfordern.“

(Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin, Münchner Sicherheitskonferenz, 16.2.2018)

Hierfür gab die Europäische Union bereits im Juni 2016 in ihrer „Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU“ (EUGS) das Ziel aus, „militärische Spitzenfähigkeiten“ anzuschaffen. Als

„Interessen“ nennt das Dokument ein „offenes und faires Wirtschaftssystem“ und den „Zugang zu Ressourcen“. Als mögliche militärische Einsatzgebiete werden Länder östlich „bis nach Zentralasien“ und im Süden „bis nach

Zentralafrika“ benannt. Auch der „Schutz“ von Handelswegen „im Indischen Ozean“, „im Mittelmeer“, am „Golf von Guinea“ und sogar bis hin zum „Südchinesischen Meer“ und der „Straße von Malakka“ wird aufgelistet.

EU	Angaben in Mrd. Euro
2005	193
2006	201
2007	204
2008	201
2009	196
2010	196
2011	194
2012	192
2013	190
2014	195
2015	200
2016	207
2017	214
2018	235
2019	242

Quelle: EU-Verteidigungsagentur (EVA) in Mrd. Euro.
Die EVA stellt nur Daten bis 2017 zur Verfügung.
Die Zahlen für 2018 & 2019 sind aus NATO-Daten
errechnete (grobe) Schätzungen.

NATO	Angaben in Mrd. Dollar
2015	895
2017	917
2019	1036

Quelle: NATO (Angaben in Mrd. Dollar. 2019 ist eine
NATO-Hochrechnung). Zum Vergleich: Laut SIPRI be-
liefen sich die Militärausgaben Chinas auf 249,9 Mrd.
Dollar, die Russlands auf 61,3 Mrd. (beides 2018).

Deutschland	Angaben in Mrd. Euro
2000	24,30
2006	27,78
2010	31,11
2014	32,45
2016	34,28
2018	38,50
2019	43,20

Quelle: BMVg (in Mrd. Euro). Die Bundesregierung
hat zugesagt, den Haushalt bis 2024 auf 1,5% des BIP
zu erhöhen, was dann einem Etat von etwa 60 Mrd.
Euro entsprechen würde.

Säulen der Europäischen Rüstungsunion

Vor allem drei Faktoren treiben den Ausbau des EU-Militärapparates seit einigen Jahren voran: Die (nicht unwesentlich selbstverschuldete)

Eskalation im Verhältnis zu Russland; die seit dem Austrittsreferendum 2016 beendete Rolle Großbritanniens als Bremser in Sachen EU-Aufrüstung und der (Teil-)Rückzug der USA, der als Legitimation dient, für umfassende Aufrüstung dient.

Die für 2020 anvisierte Verteidigungs- bzw. Rüstungsunion soll auf drei Pfeilern beruhen: Politisch sollen Entscheidungswege „beschleunigt“ werden, u.a. durch die Einführung eines Europäischen Sicherheitsrates und die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen. Operativ soll das seit Juni 2017 existierende EU-Hauptquartier, das aktuell „nur“ kleinere Militäreinsätze planen und leiten kann,

wohl weiter ausgebaut werden. Und der industrielle Pfeiler soll dafür sorgen, dass über die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (engl.

PESCO) Rüstungs-großprojekte angeschoben und mittels des „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF) finanziert werden. Die PESCO soll sich zum Herz der EU-Militärpolitik entwickeln, indem den teilnehmenden EU-Staaten strenge Rüstungskriterien

auferlegt werden. Dazu gehört eine „regelmäßige reale Aufstockung der Verteidigungshaushalte“.

„Europa braucht auch eine gemeinsame Machtprojektion in der Welt. [...] Denn als einziger Vegetarier werden wir es in der Welt der Fleischfresser verdammt schwer haben.“

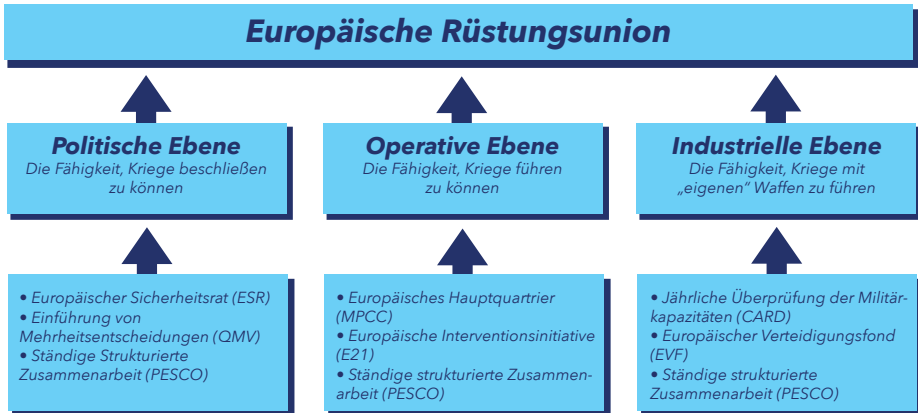
(Sigmar Gabriel, Ex-SPD-Chef, Anfang 2019)

„Deutschland und Frankreich gehen in der Verteidigungspolitik in Europa voran. Das ist großartig. Vor einem Jahr haben wir dann die Verteidigungsunion aus der Taufe gehoben und arbeiten seitdem Schritt für Schritt an unserem ehrgeizigen Aufbauplan. Mein Ziel ist, bei der nächsten deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 Richtfest zu feiern.“

(Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin, Münchner Sicherheitskonferenz, 16.2.2018)

Zeitleiste: EU-Militarisierung 1954-2020

- 1954:** Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).
- 1992:** Vertrag von Maastricht: Einführung der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP).
- 1997:** Vertrag von Amsterdam. Die Westeuropäische Union (WEU) und damit auch die sog. Petersberg Aufgaben („humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedenssichernder Maßnahmen“) werden mit dem Vertrag in die Europäische Union überführt.
- 1999:** Helsinki Headline Goal: Beschluss zum Aufbau einer EU-Eingreiftruppe mit 60.000 Soldaten (einschließlich Ruhe- und Rotationskontingente (180.000). Ursprünglicher Radius 4.000km um Brüssel (heute weltweit).
- 2003:** Erste EU-Militäreinsätze (Mazedonien und Kongo); Verabschiedung der Europäischen Sicherheitsstrategie.
- 2004:** Headline Goal 2010: Beschluss der Battlegroups, zwei je 1.500 Soldaten umfassende schnell verlegbare Kampfeinheiten, die permanent abrufbereit stehen.
- 2009:** Vertrag von Lissabon tritt in Kraft. Der EU-Militärbereich wird in die „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) unbenannt.
- 2010:** Der „Europäische Auswärtige Dienst“ (EAD) nimmt seine Arbeit auf. Er vereint verglichen mit der nationalen Ebene das Verteidigungs-, Außen- und große Teile des Entwicklungsministeriums.
- 2013:** „Rüstungsgipfel“. Erstmals seit 2008 widmet sich der Rat allein militärischen Fragen.
- 2016:** Verabschiedung der EU-Globalstrategie, die die EU-Sicherheitsstrategie als wichtigstes Dokument in diesem Bereich ersetzt. Verteidigungsaktionsplan der Kommission zur Schaffung eines europäischen rüstungsindustriellen Komplexes.
- 2017:** Einrichtung des „Militärische Planungs- und Führungsfähigkeit“ (MPCC) genannten EU-Hauptquartiers. Aktivierung der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO).
- 2018:** Kommissionsvorschlag für die Verordnung zur Einrichtung des „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF).
- 2019:** Erster Zyklus der „Koordinierten jährlichen Überprüfung der Verteidigung“ (CARD) ist abgeschlossen. Einrichtung eines EU-Rüstungsministeriums, der „Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum“.
- 2020:** Geplantes „Richtfest“ (Ursula von der Leyen) der EU-Verteidigungsunion.



Rüstungshaushalte & Rüstungsministerium

Im Mai 2018 wurde die „Europäische Friedensfazilität“ auf den Weg gebracht, aus der zwischen 2021 und 2027 zur Finanzierung von EU-Militäreinsätzen und zur Aufrüstung und Ausbildung „befreundeter“ Akteure 10,5 Mrd. Euro zur Verfügung stehen sollen.

Parallel dazu präsentierte die EU-Kommission ihren Vorschlag für den nächsten „mehrjährigen

Finanzrahmen“, also den EU-Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027. Darin werden erstmals große Summen für den Rüstungsbereich ausgelobt. Konkret betrifft das 6,5 Mrd. Euro für die „Militärische Mobilität“, Gelder, die zur „Verbesserung“ der schnellen Verlegefähigkeit – mit Blick auf Russland insbesondere nach Osteuropa – benutzt werden sollen.

Als „Kronjuwel“ gilt aber der Europäische Verteidigungsfonds, der insgesamt 13 Mrd. Euro umfassen soll. Dieser Betrag teilt sich in 4,1 Mrd. Euro für die Erfor-

schung und 8,9 Mrd. Euro für die Entwicklung von Rüstungs großprojekten auf. Mit diesen 8,9 Mrd. Euro lassen sich jeweils nur 20% (bei PESCO-Projekten 30%) eines Vorhabens querfinanzieren, der Rest stammt dann aus nationalen Budgets, was

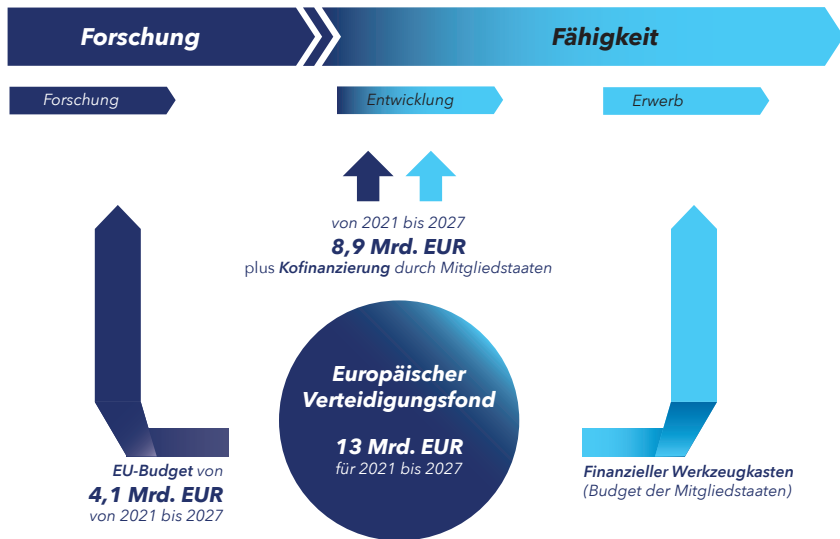
einen Gesamtbetrag von bis zu 48,6 Mrd. Euro ergibt. Über einen abgespeckten abgekürzt EDIDP genannten EVF-Vorläufer wurden bereits im März 2019 die

ersten 525 Millionen Euro u.a. zur Finanzierung einer waffenfähigen Eurodrohne ausgeschüttet.

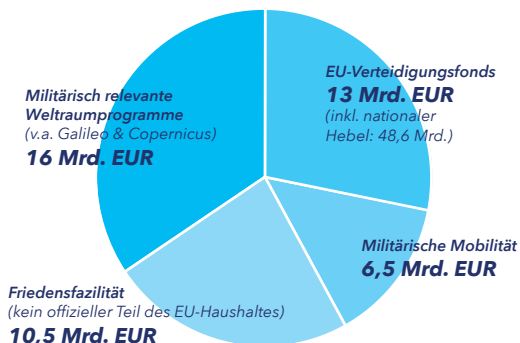
Die EVF-Verwaltung wird von der neu geschaffenen „Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum“ übernommen. In ihre Kompetenz fallen auch die großen ebenfalls militärisch wichtigen EU-Weltraumprogramme wie Galileo oder Copernicus, für die 16 Mrd. Euro vorgesehen sind.

„[E]ine neue Generaldirektion (GD) [ist] eine Art Ministerium für europäische Verteidigung und Rüstung.“

(Becker, Peter/ Kempin, Ronja: Die EU-Kommission als sicherheits- und verteidigungspolitische Akteurin, SWP-Aktuell A34, Juni 2019, S. 5)



Quelle: Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds (COM(2017) 295 final), Brüssel, den 7.6.2017.



Quelle: Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027, (COM(2018) 321 final), Brüssel, den 2.5.2018

„Verteidigungs“fonds: Illegal und ohne Kontrolle

Die wichtigste Rechtsgrundlage der Europäischen Union, der seit 2009 geltende „Vertrag von Lissabon“ (EUV), verbietet es in Artikel 41(2) kategorisch, EU-Haushaltsgelder für militärische Belange zu verwenden.

Dieses Verbot betrifft allerdings „nur“ die Außen- und Militärpolitik, weshalb die Kommission kurzerhand behauptet, beim EU-Verteidigungsfonds ginge es primär um Wettbewerbsförderung, weshalb der EVF Industriepolitik sei. Ein Gutachten des Bremer Juristen Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano vom kam allerdings zu dem Ergebnis, der Gesetzesvorschlag der Kommission enthalte „keine hinreichende Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds.“ Was sich hier abspiele sei eine „Militarisierung der EU auf den Trümmern des Rechts.“ Während die im Rat versammelten Staats-

und Regierungschefs faktisch ein Veto-recht über die Vergabe der EVF-Gelder erhalten sollen, sind für das Europäische Parlament keine nennenswerten Kontrollbefugnisse vorgesehen. Es soll lediglich im Nachhinein jährlich über die ver-

ausgabten Gelder informiert werden, mitzuentcheiden hat es aber nichts.

Hier schreibt sich die generelle Machtlosigkeit des Parlamentes (und des Gerichtshofes) in europäischen Militär-

fragen fort. Faktisch hat die EU die Gewaltenteilung in der Frage von Krieg und Frieden aufgehoben!

„Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Kapitels [Außen- und Militärpolitik] gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Union, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen.“

(Artikel 41(2) EUV)

„Kurzum: Es gibt im Inhalt und der Begründung der EVF-VO [Verordnung] deutliche Indizien, dass die in der VO geregelte Industrie- und Forschungsförderung nur ein Mittel zum eigentlichen Zweck der Verteidigungsförderung darstellt und dass der Hauptzweck der EVF-VO darin liegt, die strategische Autonomie der EU im Bereich der Verteidigung zu gewährleisten.“

(Prof. Dr. Andreas Fischer-Lesacano)

„Wir beschließen etwas, stellen es in den Raum und warten dann einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

(Jean-Claude Juncker,
EU-Kommissionspräsident 2014 bis 2019)

Europäisches
Parlament in
Brüssel.

Quelle: Alina Zienowicz
Ala z [CC BY-SA 3.0]



„Der Gerichtshof der Europäischen Union ist nicht zuständig für die Bestimmungen hinsichtlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und für die auf der Grundlage dieser Bestimmungen erlassenen Rechtsakte.“

(Artikel 275 AEUV)

„Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik hört das Europäische Parlament regelmäßig [...] und unterrichtet es über die Entwicklung der Politik in diesen Bereichen. [...] Das Europäische Parlament kann Anfragen oder Empfehlungen an den Rat und den Hohen Vertreter richten.“

(Artikel 36 EUV)

Die Profiteure: Konzerne und Lobbyisten

Wichtige EVF-Vorarbeiten leistete bereits eine im Juli 2015 auf Einladung der damaligen EU-Industriekommissarin Elżbieta Bienkowska zusammengesetzte 16köpfige „hochrangige Gruppe“ aus Industrievertretern und Militärpolitikern.

Generell ist die Rüstungslobby in Brüssel überaus präsent: Wie die Studie „Securing Profits How the arms lobby is hijacking Europe's defence policy“ herausarbeitete, beschäftigen die zehn größten EU-Rüstungsfirmen 33 akkreditierte Lobbyisten, die es in nur einem Jahr auf 184 Treffen mit der EU-Kommission brachten (alle Zahlen von 2016).

Über den Europäischen Verteidigungsfonds soll vor allem die Realisierung von drei deutsch-französischen Rüstungsprojekten querfinanziert werden: Eine waffenfähige Eurodrohne (MALE RPAS),

wird bereits über EU-Gelder subventioniert. Geplant ist auch einem Kampfpanzer (MGCS) mit einem geschätzten Gesamtvolumen von 100 Mrd. Euro und einem Kampfflugzeug (FCAS), das insgesamt sogar bis zu 500 Mrd. umsetzen

„Der europäische Markt allein reicht nicht aus, um die großen deutsch-französischen und europäischen Ausrüstungsvorhaben wirtschaftlich tragfähig zu machen, wie den neuen deutsch-französischen Kampfpanzer oder die nächste Generation von Kampfflugzeugen.“

(Anne-Marie Descôtes, französische Botschafterin in Deutschland)

könnte, über den EVF finanzielle Starthilfe zu geben.

Ohne umfassende Exporte werden sich diese Projekte aber nicht realisieren lassen. Aus diesem Grund wird versucht, die Rüstungsexportrichtlinien möglichst

weit zu verwässern. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer gab an, künftige EU-Rüstungsexportrichtlinien könnten „nicht so strikt wie die deutschen Vorschriften sein“.

Sipri Top-EU-Unternehmen

Angaben in Mrd. Dollar

1	BAE Systems (GB)	22,477.48
2	Airbus (D/F)	13,063.82
3	Leonardo (I)	9,828.51
4	Thales (F)	9,575.57
5	Rolls-Royce (GB)	4,682.36
6	Naval Group (F)	4,260.53
7	Rheinmetall (D)	3,803.54
8	Saab (SW)	3,243.68
9	Dassault (F)	2,934.43
10	Babcock (GB)	2,909.79
11	KNDS (D/F)	2,991.95
12	Fincantieri (I)	1,693.51
13	Safran (F)	1,636.67
14	Hensoldt (D)	1,310.89
15	Serco (GB)	1,264.02

*Quelle: DefenseNews Top 100. Alle Angaben in Mrd. Dollar für das Jahr 2018.
Berücksichtigt wird nur der Umsatz der Rüstungssparte.*

Illustre Lobbygruppe für den EU-Verteidigungsfonds



Quelle: © European Union

Die Group of Personalities aus dem Jahr 2016 leistete wichtige Vorarbeiten für den EU-Verteidigungsfonds:

Fernando Abril-Martorell (CEO Indra*); Carl Bildt (Ex-Premierminister Schweden); Antoine Bouvier (CEO MBDA*); Håkan Buskhe (CEO Saab*); Paul de Krom (CEO TNO); Tom Enders (CEO Airbus Group*); Michael Gahler (MdEP); Elisabeth Guigou (französische Politikerin (PS)); Ian King (CEO BAE Systems*); Bogdan Klich (Ex-Verteidigungsminister Polen); Federica Mogherini (EU-Außenbeauftragte); Mauro Moretti (CEO Finmeccanica*); Reimund Neugebauer (Präsident Frauenhofer-Gesellschaft); Arndt Schoenemann (Vorsitzender ASD); Teija Tiilikainen (Chefin FIIA); Nick Witney (Ex-Chef EU-Verteidigungsagentur) * Vertreter der Rüstungsindustrie.

Quelle: Europäische Union

Zur weiteren Information:

Studie: PESCO - das Herz der Europäischen Aufrüstung

Özlem Alev Demirel hat eine Studie herausgegeben, welche sich ausführlich mit der zunehmenden Militarisierung der Europäischen Union befasst. Im Mittelpunkt der von Jürgen Wagner erstellten Studie steht PESCO – ein Kernprojekt europäischer Aufrüstungspolitik.

„PESCO“, diese Abkürzung wird womöglich in wenigen Jahren ähnlich symbolhaft für die schrecklich verfehlte Politik der EU stehen wie aktuell die EU-Grenzschutzagentur „FRONTEX“. PESCO steht für die „Ständig Strukturierte Zusammenarbeit“ eines Großteils der EU-Staaten. In der Broschüre beleuchtet Wagner die Mechanismen und Strukturen von PESCO. Die Kritik an den militärischen Strukturen der EU wird so konkreter und greifbarer. Die Broschüre soll Argumente gegen die zunehmende Militarisierung der EU liefern und einen Beitrag leisten, auch lokal über die Zusammenhänge aufzuklären.



Rechtsgutachten bestätigt: Europäischer Verteidigungsfonds ist illegal

Ein Rechtsgutachten (November 2018) des renommierten Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano (Universität Bremen) im Auftrag der GUE/NGL-Fraktion zeigt die Unrechtmäßigkeit des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) auf, unter anderem aufgrund von Artikel 41 (2) VEU. Die Einrichtung des EVF verstößt somit gegen den Vertrag der Europäischen Union.

Die Studie und das Rechtsgutachten können auf der Webseite www.oezlem-alev-demirel.de/material heruntergeladen werden. Druckexemplare können per E-Mail unter bestellungen@oezlem-alev-demirel.de bestellt werden.



**Frieden verteidigen
Abrüsten jetzt!**

Vereinte Europäische Linke • Nordische Grüne Linke



FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

GUE/NGL

www.guengl.eu

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT